

## **GSW: Abstimmung erst in zwei Wochen**

### **Trotz grundsätzlicher Einigkeit über Verkauf zweistündige erregte Debatte im Abgeordnetenhaus**

Von Joachim Fahrhun

Eigentlich waren sich gestern im Abgeordnetenhaus alle einig über den Verkauf der Wohnungsbaugesellschaft GSW: guter Preis, Mieterschutz gewährleistet, Lob für den Finanzsenator. Aber dennoch schafften es die Fraktionen, sich im Parlament fast zwei Stunden lang erregt zu streiten.

Auslöser war die Entscheidung der Regierungsfractionen von SPD und PDS, trotz grundsätzlichen Einverständnisses über den GSW-Verkauf erst in zwei Wochen abstimmen zu lassen, um die Verträge noch einmal gründlich studieren zu können. "Rumeierei" und "Verschleppungstaktik" warfen CDU und FDP den Rot-Roten vor.

640 000 Euro koste die Vertagung, weil weiter Zinsen gezahlt werden müssen, anstatt mit den zugesagten 405 Millionen Euro Kaufpreis schnell den Schuldenberg zu verkleinern. Und all das nur, um ein paar "Querulanten" in den Fraktionen ruhig zu stellen, wettete FDP-Fraktionschef Martin Lindner. Die liberale Reizfigur löste auf den Koalitionsbänken tumultartiges Geschrei aus.

SPD und PDS hatten die Stimmung auch noch mit einem handwerklichen Fehler angeheizt. Bis zur Sitzung stand ihr Antrag, den als erfolgreich gepriesenen GSW-Deal in der aktuellen Stunde loben zu lassen. Weil es aber keine Abstimmung gab, ließ man schließlich den FDP-Antrag zu, der die Frage von Privatisierungen grundsätzlicher behandeln wollte. Lindner fragte, warum nach der GSW nun "Ende der Fahnenstange" sein solle und nicht weitere Wohnungsbauunternehmen verkauft würden. Das Festhalten an der Staatswirtschaft "gefährde die Prosperität der Stadt", warnte der Freidemokrat.

Die SPD reagierte erregt, weil Lindner den über das bundesweit geltende Mietrecht hinausreichenden Mieterschutz bei der verkauften GSW als "Zierrat" bezeichnet hatte. "Sie haben nur die Gewinninteressen von Firmen und nicht die Menschen im Blick", wütete **Bernd Schimmler** (SPD). Seine Fraktion sei entschlossen, 15 Prozent oder 280 000 Wohnungen in der öffentlichen Hand zu behalten.

Alexander Kaczmarek (CDU) warnte, mit dem Verkauf der GSW seien weder ein Strukturproblem des Haushalts noch die Schwierigkeiten der Wohnungswirtschaft gelöst. Das wollte auch PDS-Mann Michail Nelken nicht bestreiten: "Nach dem Verkauf der GSW ist vor der Sanierung der kommunalen Wohnungswirtschaft." Die Grünen kritisierten, der Verkauf der GSW mit ihren über die Stadt verteilten Beständen sei ideal, um den Markt auch regional zu beeinflussen. Der GSW-Verkauf sei eine wohnungspolitische Bankrotterklärung des Senats. Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) betonte, vor 2007 keine Wohnungsgesellschaft mehr verkaufen zu wollen. Verkaufserlöse seien kein Ersatz für Einsparungen.

MP04062004